

Neue Zürcher Zeitung

Mehr Macht für das Volk in der Klimapolitik – Europa macht mit Bürgerräten ermutigende Erfahrungen

Immer mehr Regierungen nutzen Bürgerräte, um die Menschen näher an die Klimapolitik zu binden – das birgt Chancen und Risiken. Österreichs Klimarat hat jüngst seine Beschlüsse vorgelegt, und wieder zeigt sich: Die Bürger wagen mehr, als sich Politiker trauen.

Kalina Oroschakoff

29.07.2022, 05.30 Uhr



Die Aussicht auf höhere Treibstoffpreise in Frankreich löste Proteste im Jahr 2018 aus und warf die Frage auf, wie sozial Klimapolitik sein kann – und muss.

EPA

Sie lesen einen Auszug aus dem Newsletter «Planet A» von Kalina Oroschakoff. Bei «Planet A» geht es um den Klimawandel und dessen Auswirkungen auf unser Leben, unsere Arbeit, unsere Zukunft. Klicken Sie hier, um die Deutschland-Edition von «Planet A» zu abonnieren, und hier, um die Schweizer Version zu erhalten.

Gänzlich unerwartet bekam Edith Siebenstich im vergangenen Herbst Post von der österreichischen Statistikbehörde. Sie sei für den Klimarat ausgewählt, zufällig ausgesucht aus einem Pool von Österreichern.

Die erste Reaktion der 57-jährigen Filialleiterin eines Bekleidungsgeschäfts aus Wien war: «Jo, was habe ich mit dem Klima am Hut? Damit habe ich ja überhaupt nichts am Hut», erinnert sie sich im Gespräch. Anfang des Monats veröffentlichte dieser Rat seinen Abschlussbericht darüber, wie das Land bis 2040 die Klimaneutralität erreichen könne.

Der Klimarat stelle eine Art «Mini-Österreich» dar, so beschreibt es die

Regierung. Ausgewählt werden konnten nur Bewohnerinnen und Bewohner, die mindestens fünf Jahre ihren Hauptwohnsitz in Österreich hatten und mindestens 16 Jahre alt waren. Das Endergebnis solle den Querschnitt der Gesellschaft widerspiegeln, eine bunte Mischung hinsichtlich Geschlecht, Alter, Bildungsstand und Wohnort.

Bis dahin, so Edith Siebenstich, war der Eindruck von Klimaschützern eher gewesen, «das ist alles Aktionismus, alles etwas radikaler». Damit habe sie nichts zu tun haben wollen. Nach Absprache mit der Familie war dennoch eine Entscheidung getroffen. Die Neugierde überwog: «Ich schau mir das an.»

Österreich reiht sich damit in eine immer länger werdende Liste von europäischen Ländern ein, die solche Initiativen in den vergangenen Jahren ins Leben gerufen haben, um die Wähler näher an die Klimapolitik zu binden.

Können Bürgerräte die Klimapolitik verbessern? Im Gespräch mit Edith Siebenstich zeigt sich, dass solche Versammlungen zum persönlichen

Engagement für den Klimaschutz führen können, auch wenn die erarbeiteten Vorschläge noch nicht direkt von Politikern übernommen werden. Es zeigt auch, dass die Bereitschaft zum Handeln wohl ausgeprägter ist, als es so mancher Politiker den Wählern zutraut – vor allem dann, wenn Wissen über den Klimawandel und seine Folgen klar vermittelt werden kann.

Mehr Demokratie in der Klimapolitik

«Wir befinden uns in einem Klimanotstand. Und unsere Bürger wollen handeln.» Mit diesen bedeutungsschwangeren Worten des französischen Präsidenten Emmanuel Macron fängt eine Arte-Dokumentation über den Klima-Bürgerrat in Frankreich an, der im Juni 2020 mit 149 Beschlüssen seine Arbeit offiziell beendete.

Die Convention citoyenne pour le climat ist das bisher prominenteste Beispiel für Bürgerräte zu Klimafragen in Europa. Irland war 2018 das erste Land, das anhand einer solchen Versammlung klimapolitische Vorschläge erarbeitet hat. In Grossbritannien gab es 2020 eine Bürgerinitiative, um herauszuarbeiten, wie das Land seine Treibhausgasemissionen bis 2050 auf netto null reduzieren könne. Spanien schloss im Mai eine ähnliche Übung ab. In Luxemburg läuft weiterhin eine solche Initiative. In den Niederlanden denkt die Regierung darüber nach. Die Ausgestaltung der jeweiligen Bürgerinitiativen ist unterschiedlich, die Ausgangslage wohl dieselbe.

Seit Jahrzehnten wird vor den Folgen des Klimawandels gewarnt. Woran es aber noch oft scheitert, ist die Umsetzung.

Regierungen schrecken vor Eingriffen zurück, die fossile Treib- und Heizstoffe, klimaschädliche Produkte und entsprechendes Verhalten teurer machen. Die Sorge überwiegt, dass Politiker dafür an der Wahlurne oder auf der Strasse

bestraft werden. Die Erinnerung an die Gelbwesten-Proteste in Frankreich schreckt ab. Sie geistert in so gut wie jeder Debatte herum, in der es darum geht, wie viel Klimapolitik der Gesellschaft zugemutet werden kann.

Bürgerversammlungen könnten dabei helfen, die Öffentlichkeit stärker an der demokratischen Entscheidungsfindung zu beteiligen, sagen Befürworter. Das sei in Zeiten des Populismus und der Polarisierung, die zunehmend den gesellschaftlichen Zusammenhalt strapazieren, wichtig. Immer mehr Regierungen sind willens, es auszuprobieren.

Was bringt das Mitspracherecht?

In vielen der Fälle sei es jedoch noch zu früh, zu beurteilen, ob Klimaräte eine nennenswerte Wirkung gezeigt hätten, sagen Beobachter von der European Climate Foundation. Klar ist immerhin, dass diese Gremien grosse Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Das habe das Beispiel Frankreich gezeigt.

Das stellte schon ein Beitrag für den Think-Tank Carnegie Europe vom November 2020 fest, der die französischen und britischen Bürgerräte vergleicht und Verbesserungsvorschläge macht. Damit solche Versammlungen langfristig einen Beitrag zum Klimaschutz leisten könnten, gebe es einiges zu beachten, schrieben die Autoren. Sie müssten den Bürgern anhand von Daten und Szenarien das Ausmass der Herausforderung vermitteln. Zudem gelte es, eine echte öffentliche Debatte anzustossen und sicherzustellen, dass Entscheidungen in den politischen Prozess aufgenommen würden.

«Politik wie üblich» sei wahrscheinlich das grösste Hindernis für wirkungsvolle Bürgerräte, so die beiden Autoren. Beide Gruppen, in Frankreich und Grossbritannien, haben nämlich Vorschläge erarbeitet, die weit drastischer waren als das, was Politiker zuvor hervorgebracht hatten.

In Frankreich gehörte ein (kontroverses) Tempolimit von 110 Kilometern pro Stunde dazu. Ein Verbot von Inlandsflügen wurde vorgeschlagen, auch eines für Werbung für schädliche Produkte, beispielsweise SUV. Fleischgerichte sollten vielerorts durch vegetarische Speisen ersetzt werden.

Die Teilnehmer in diesen Räten wollen weiter gehen, als es Entscheidungsträger wagen. Das wird auch im Gespräch mit Edith Siebenstich deutlich. Sie sagt, die Bevölkerung sei nicht politikmüde, es müsse «nur gscheid gemacht werden». Es brauche Mut.

Erwartungen hochschrauben und dann enttäuschen

Sonst bergen solche Experimente politische Risiken. In Frankreich hatte Macron zu viel versprochen und Erwartungen enttäuscht. Eigentlich hätte der Bürgerrat nach den Gelbwesten-Protesten eine neue Legitimation für die Entscheidungen der Regierung schaffen sollen.

Am Ende enthielt das 2021 verabschiedete französische Klimagesetz zu wenig Substanz, um den geschürten Erwartungen zu entsprechen, auch wenn einige Ideen übernommen worden waren. Die Mitglieder des Bürgerrats fühlten sich hintergangen. Es gab, wie so oft in Frankreich, Proteste.

Der Politikwissenschaftler Nenad Stojanovic von der Universität Genf schreibt, Regierungen seien an Bürgerversammlungen gerade deswegen interessiert, weil sie erfahren wollten, was «normale Bürger» dächten. Das sei ein Mehrwert. Solche Initiativen dürften jedoch keine «Alibiübungen» werden. Soll heissen: Eine Regierung könne sie nicht einfach dafür nutzen, Offenheit für «partizipative Demokratie» zu signalisieren, um Proteste zu vermeiden und die Menschen ruhig zu halten. Empfehlungen müssten schon berücksichtigt werden.

NZZ Planet A

Der Klimawandel ist nicht das Ende, sondern der Aufbruch in eine neue Zeit – voller Ideen, Chancen, Innovationen und neuer Wege. Wie leben wir mit dem Klimawandel? Welche Denker finden die besten Lösungen? Wie wird sich das Leben verändern? Finden Sie es mit uns heraus.

Abonnieren Sie hier unseren Newsletter

Von der Vergangenheit wollen auch die Niederlande lernen. Die Regierung teilte dem Parlament Anfang des Monats mit, dass ein Bürgerrat die Distanz zwischen «Staat und Strasse» verringern könne. Dabei sei es nicht so, dass die Entscheidungsfindung automatisch erleichtert werde. Der Erfolg hänge von Voraussetzungen ab, darunter der Grösse: Ein solcher Rat müsse gross genug sein, um als repräsentativ zu gelten, aber klein genug, um funktionsfähig zu sein. Wichtig seien auch eine professionelle und unabhängige Moderation, ein ausreichendes Budget zur Unterstützung der Teilnehmer und gute Informationen.

Darüber hinaus müsse im Vorfeld klar sein, was mit den Ergebnissen geschehen werde. Die Regierung halte es deswegen für sehr wichtig, dass sich die beiden Institutionen im Vorfeld klar darauf einigten.



Wie bringt man Staat und Strasse zusammen? Bürgerräte sollen dabei helfen, sicherzustellen, dass Wähler Klimapolitik mittragen.

Imago

Was denkt der Mensch auf der Strasse über die Klimapolitik?

Für die Teilnehmer des österreichischen Klimarats sei es nun wichtig, ernst genommen zu werden, sagt Edith Siebenstich im Gespräch. Die Zeichen stehen gut. Im Herbst stünden schon einige Gesprächstermine mit Regierungsvertretern an, sagt sie. Es gebe viele Rückmeldungen, auch auf lokaler Ebene, etwa aus ihrer Heimatgemeinde in der Steiermark.

Die grüne Klimaministerin Leonore Gewessler schraubt bereits an den Erwartungen. Sie wolle sämtliche Empfehlungen genau prüfen und einiges davon auch realisieren, teilte sie mit. «Ich kann aber nicht versprechen, dass wir alles umsetzen werden können.»

Zu den 94 Empfehlungen des Rats gehören die Vorschläge, ein Grundrecht auf Klimaschutz in der Verfassung zu verankern, ein Stopp von Bodenversiegelung einzuführen, Subventionen fossiler Energien abzuschaffen, den CO₂-Preis anzuheben, Treibhausgaszölle für Lebensmittel aus Drittstaaten zu erheben und höhere Steuern für klimaschädliche Fahrzeuge zu erlassen. Auch wird eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Bundes- und Landstrassen auf 90 km/h vorgeschlagen.

Auf die meisten Beschlüsse hätten sich die 84 Mitglieder ziemlich schnell geeinigt, erzählt Siebenstich. Bei der Forderung nach Tempo 100 oder 110 auf der Autobahn – ein Thema, über das auch in Deutschland dieser Tage wieder aufgeregt diskutiert wird – wurde die Gruppe jedoch nicht einig. Siebenstich findet, da müsse der Gesetzgeber den Mut haben, ein Machtwort zu sprechen.

Auf die richtige Information kommt es an

Für die Wiener Filialleiterin hat sich durch ihre Teilnahme an dem Klimarat vieles geändert. Siebenstich bleibt weiterhin klimapolitisch engagiert. Sie und viele der anderen Teilnehmer haben einen neuen Verband lanciert, um den Druck auf die Politik aufrechtzuerhalten.

Was erklärt den Unterschied zur anfänglichen Skepsis? Sie wisse jetzt mehr über den Klimawandel, seine Ursachen und Auswirkungen, sagt sie. Seit Januar kam die Versammlung sechsmal zusammen, einmal pro Monat, abwechselnd in Wien und Salzburg. Unterstützt wurde die Gruppe von Experten, die über die Ursachen des Klimawandels und mögliche Antworten informierten – etwa, wie sich der Energiebereich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, wie der Energieverbrauch reduziert werden oder wie der Umstieg auf erneuerbare Quellen gelingen kann.

«Dort haben wir wirklich vor Augen geführt bekommen, mit sehr einfachen Erklärungen, was los ist auf der Welt», erzählt Siebenstich. Die Reaktion sei ein

Schock gewesen, aber auch Handlungswille. Beteiligte seien sich schnell einig gewesen, dass sie jetzt die Möglichkeit ergreifen müssten, etwas zu machen.

In Kleingruppen wurde an Vorschlägen gearbeitet, auch zu Hause habe sie weitergelesen. In einer Whatsapp-Gruppe mit Mitgliedern des Klimarats wurden interessante Artikel ausgetauscht.



Wie viel Wurst muss sein? Weniger Fleisch essen ist gut fürs Klima, darauf weisen Wissenschaftler seit längerem hin.

Reuters

Mit dem Wissen kamen das Engagement und Verhaltensänderungen – auch in ihrem Umfeld. Ihr Mann habe früher jeden Tag mehrmals Fleisch gegessen. Jetzt sei Fleisch so gut wie komplett weg vom Speiseplan, ausser man wähle bewusst «ein gutes Stück», was dann auch mehr kosten könne.

Dass Bürgerräte gerade bei den Teilnehmern Veränderungen anstossen können, hat auch Chris Stark beobachtet. Er war als Experte beim Klimarat in Grossbritannien beteiligt. Stark leitet das Climate Change Committee, ein unabhängiges Expertengremium, das die Klimapolitik der britischen Regierung regelmässig prüft.

Er sagt, wenn man Menschen mit Informationen versorge, etwa darüber, wo Emissionen im eigenen Land verursacht würden, verstünden sie sehr schnell, was zu tun sei. Der Prozess zeige, dass es einen Bedarf an besseren Informationen über den Klimawandel und Emissionen gebe.

Menschen könnten recht schnell Entscheidungen treffen, sagt er. «Schwierige Entscheidungen können ziemlich einfach getroffen werden, wenn man das erst einmal verstanden hat.» Das sieht Edith Siebenstich ähnlich. Der Abschlussbericht wolle der Politik zeigen: «Wir sind bereit. Es gibt keine Ausreden mehr. Wir gehen mit.»

Zum Nachlesen: die vergangenen fünf Ausgaben von «Planet A»



Warum der Vatikan dem Pariser Klimavertrag beitrifft

Kalina Oroschakoff 19.07.2022



«Dürre im Sommer, Regenfluten im Herbst»: Der Klimawandel fordert Politik und Menschen heraus

Kalina Oroschakoff 12.07.2022



Mehr Geld für die Kohle – und für grüne Alternativen

Kalina Oroschakoff 05.07.2022

Finnland will schon 2035 einen Meilenstein in der Klimapolitik erreichen

Kalina Oroschakoff 28.06.2022

Was tun, wenn Bäume sterben

Kalina Oroschakoff 21.06.2022

Gefällt Ihnen «Planet A»? Dann leiten Sie diesen Newsletter gerne weiter.

Wurde Ihnen dieser Newsletter weitergeleitet? Dann können Sie hier klicken, um die Deutschland-Edition von zu abonnieren und hier, um die Schweizer Version zu erhalten.

Mehr von Kalina Oroschakoff (oro) >



Warum der Vatikan dem Pariser Klimavertrag beitrifft

19.07.2022

«Dürre im Sommer, Regenfluten im Herbst»: Der Klimawandel fordert Politik und Menschen heraus

12.07.2022

Mehr Geld für die Kohle – und für grüne Alternativen

05.07.2022

Finnland will schon 2035 einen Meilenstein in der Klimapolitik erreichen

28.06.2022

Polen rüttelt an seinem düsteren Kohle-Image und setzt auf boomende Solarenergie

22.06.2022

Mehr zum Thema Klimapolitik >

GASTKOMMENTAR

Subventionen und Bauvorschriften sind eben doch wirksame klimapolitische Massnahmen

27.07.2022

4:44

VIDEO

Kohlestrom statt Gas: Warum das eine Chance für die Energiewende in Deutschland ist

25.07.2022

Aufruf zu Militärdienstverweigerung – Meinungsfreiheit oder Delikt?

23.07.2022

Joe Biden nennt Klimawandel «Notstand» und kündigt weitere Massnahmen an

21.07.2022

PRO

China versucht den Spagat zwischen Umweltschutz und Sicherheit bei der Energieversorgung

19.07.2022

Warum der Vatikan dem Pariser Klimavertrag beitrifft

19.07.2022

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.